

Herr Parpart teilte im Vorfeld der Fragen der Mitglieder des Integrationsrates zum Integrationsbericht der städt. Ausländerberatung mit, dass im Integrationsbericht nach dem Versand der Einladung noch Fehler festgestellt worden sind. Eine Übersicht über die vorzunehmenden Änderungen wurde den anwesenden Integrationsratsmitgliedern ausgehändigt. Die Übersicht ist als Anlage 1 zu TOP 7 der Niederschrift beigelegt.

Frau Albrecht bat um nähere Erläuterung zum geplanten Integrationsgesetz NRW.

Herr Klein teilte mit, dass das Integrationsgesetz NRW zum 01.01.2012 in Kraft treten soll. Weiterhin führte er aus, dass der Gesetzesentwurf derzeit in den Fachausschüssen und Fachgremien des Landtages NRW beraten werde. U. a. sei auch geplant, in den Kommunen sog. Integrationszentren einzurichten, egal wie viele Migranten in den einzelnen Kommunen gemeldet sind. Über genaue Details hierzu sei ihm allerdings noch nichts bekannt, die weitere Entwicklung und die mögliche Umsetzung in den einzelnen Kommunen bleiben insofern abzuwarten.

Frau Albrecht fragte zu Seite 28 der Verwaltungsvorlage nach, um welche Personengruppen es sich bei den als „neu“ gekennzeichneten Personen handelt.

Herr Klein erläuterte hierzu, dass es sich hierbei um Personengruppen handle, die sich jetzt aus den entsprechenden Normen des Aufenthaltsgesetzes handle, die dort aufgrund ihres bisherigen Aufenthaltstitels früher dort keine Berücksichtigung gefunden haben wie z.B. schutzbedürftige Iraker, oppositionelle Iraner, afghanische Flüchtlinge etc. mit einem Dauerbleiberecht aus politischen Gründen.

Herr Lienesch bedankte sich für die CDU-Fraktion für den vorgelegten Integrationsbericht. Zu Seite 12 Abs. 3 des Berichts fragte er nach, welchen Aufenthaltsstatus die Migranten der zum 31.12.2011 auslaufenden „Aufenthaltserlaubnis auf Probe“ ab 01.01.2012 bekommen sollen.

Herr Klein teilte mit, dass die zu dieser Problematik aktuell tagende 193. Innenministerkonferenz vermutlich für diesen Personenkreis eine Verlängerung der „Aufenthaltserlaubnis auf Probe“ für 2 Jahre beschließen wird, die allerdings jeweils im Einzelfall zu begründen ist.

Herr Lienesch fragte zu Seite 23 des Integrationsberichtes nach, ob in Sankt Augustin genügend Plätze zur Belegung eines Integrationskurses vorhanden seien.

Herr Parpart führte hierzu aus, dass nach Rücksprache mit der Ausländerbehörde in ausreichendem Maße Integrationskurse angeboten werden.

Herr Montexier bat zu Seite 35 des Integrationsberichtes um Beantwortung der Frage, ob die Verwaltung eruieren könne, wie viele Migranten derzeit die entsprechenden Kurse belegen würden.

Herr Parpart führte hierzu aus, dass die Ausländerbehörde aufgrund verwaltungsinterner vorrangiger Arbeiten frühestens im Februar 2012 die Statistik bzgl. der Belegung der einzelnen Kurse fortführen könne, aber faktisch niemand abgewiesen werde, der einen Integrationskurs belegen wolle.

Herr Montexier bat darum, ob die Verwaltung zu Seite 38 des Integrationsberichtes eine geschlechterspezifische Auswertung der Arbeitslosenzahlen nach ausgewählten Altersgruppen im Rhein-Sieg-Kreis erstellen kann um ggf. die Gründe für Langzeitarbeitslosigkeit besser eruieren zu können.

Herr Parpart sagte zu, der Niederschrift eine entsprechende Auswertung der Arbeitslosenzahlen nach ausgewählten Altersgruppen beizufügen (Siehe Anlage 2 zu TOP 7).

Darüber hinaus bat Herr Montexier darum, alle Integrationsmitglieder immer über alle Veranstaltungen zum Thema Integration vollumfänglich zu informieren, damit die Integrationspolitik themengerecht funktionieren könne. Er stellte in diesem Zusammenhang die Informationspolitik des Landrates des Rhein-Sieg-Kreises positiv heraus und wünschte sich eine entsprechende verfahrensweise auch für die Stadt Sankt Augustin bspw. in mehreren Sprachen auf der städtischen Internetseite.

Frau Grünewald fragte nach, ob es bei der städtischen Integrationsarbeit einen dringlichen Handlungsbedarf gebe, die politisch unterstützt werden müsse.
Herr Klein verneinte dies.

Frau Vilchez fragte zu Seite 23 des Integrationsberichtes nach, ob die Tabelle für den Monat September 2011 geschlechterspezifisch erstellt werden könne.
Herr Parpart erwiderte hierauf, dass die Daten entsprechend ausgewertet werden müssen und mit der Niederschrift nachgereicht würden (siehe Anlage 3 zu TOP 7).

Alle Sprecher der im Integrationsrat vertretenen Gruppierungen bedankten sich bei der Verwaltung namentlich bei Herrn Klein und Herrn Parpart für den umfangreichen Integrationsbericht.

Die Mitglieder des Integrationsrates haben den Integrationsbericht der städtischen Ausländerberatung